Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: [illegible]

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: [illegible]

[illegible]

Berlin, den 21.Febr.1933.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Dank des Vaterlandes?

Wie die plötzlich bescheidenen Nazis ihn verstehen.

SPD. Trotz grösster wirtschaftlicher und politischer Schwierigkeiten war es in der Nachkriegszeit unter dem stärksten Druck der Sozialdemokratie gelungen, das materielle Dasein der Kriegsopfer einigermassen sicherzustellen und sie vor den grössten Entbehrungen zu schützen. Jährlich wurden weit über 1½ Milliarden für die Versorgung der Kriegsopfer ausgegeben. Im Jahre 1928, unter der Regierung Hermann Müller, waren es über 1 800 Millionen Mark. Seitdem ist der Abbau der Kriegsversorgung vor allem unter der Regierung der Papen-Barone derart zurückgegangen, dass im Jahre 1932 nur noch rund 1300 Millionen für die Kriegsopfer verwendet wurden: eine Kürzung von rund 500 Millionen oder fast 30 %!

Die grosse Verbitterung, die diesem Unterstützungsabbau folgte, fand ihren Niederschlag in Anträgen, die im Reichstag zur Verbesserung des Loses der Kriegsopfer eingebracht wurden. Auch die Nationalsozialistische Fraktion hat im Dezember 1932 Anträge gestellt, die die früheren Leistungen des Reichs für die Opfer des Krieges in vollem Umfang zurückverlangten. Danach sollten die durch den natürlichen Abgang in der Reichsversorgung eingesparten Mittel zur Sicherung einer gerechten Altersversorgung der Kriegsopfer bereitgestellt werden. Ausserdem verlangten die Nationalsozialisten, dass die in früheren Jahren neben den Kriegsrenten gewährten Unterstützungen aus der Invalidenversicherung in vollem Umfange wiederhergestellt werden.

Das war die Forderung der Nationalsozialisten im Dezember 1932, also vor etwa 10 Wochen. Inzwischen haben sie die Regierung übernommen. Jetzt hat die Hitlerregierung eine Verordnung zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung erlassen. Sie passt zu den Naziforderungen vom Dezember 1932 wie die Faust aufs Auge. Während die Nazifraktion des Reichstages vor 10 Wochen der Meinung war, dass "die Pflichten der deutschen Nation den Opfern des Krieges gegenüber in den Opfern und Leistungen des deutschen Soldatentums so ausschliesslich begründet sind, dass kein Staatsnotstand dazu berechtigt, die Gegenleistungen der Nation den Kriegsopfern durch Notverordnungen einzuschränken" (Reichstagsantrag Nr.234), sind die Nazis inzwischen anderer Ansicht geworden. Statt die Leistungen wieder einzuführen, die "marxistische" Regierungen bis zu einer Höhe von 1800 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hatten, begnügt sich die Regierung Hitler damit, einen mikroskopisch kleinen Teil der bestehenden Härten aufzuheben. Die Leistungen der Kriegsversorgung werden nicht um 500 Millionen erhöht, wie es dem Stande von 1928 entsprechen würde, sondern um ganze 28 Millionen! Was diese Summe bei einer Gesamtversorgung von jetzt jährlich 1300 Millionen Mark ausmacht, ist ohne weiteres einleuchtend und bedarf keiner näheren Erläuterung.

Es ist keine Rede mehr davon, dass die früheren Renten wieder hergestellt

und eine Altersversorgung für die Kriegsopfer eingeführt wird. Es werden noch nicht einmal die Unterstützungen aus der Sozialversicherung in vollem Umfange wieder aufgenommen. Von dem bisher ruhenden Gesamtbetrag dieser Invalidenrenten soll lediglich ein Drittel wieder gewährt werden. Ausserdem soll die Altersgrenze für die Gewährung von Kinderzulagen und Waisenrenten vom 15. auf das 16.Lebensjahr erhöht werden. Vor der Papenschen Notverordnung war die Altersgrenze das 18.Lebensjahr.

Wie überall und auf allen Gebieten ist die Hitler-Regierung auch hinsichtlich der Kriegsopfer eine einzige Riesenenttäuschung für die, die die Anträge der Nazis ernst genommen hatten. Sie können es sich überlegen ob es Hohn, Anmassung oder Dummheit ist, wenn der "Völkische Beobachter" die neue Verordnung mit folgenden Worten begrüsst: "Der Dank des Vaterlandes...wird erst unter dem Regiment des Nationalismus und der Führung Adolf Hitler für die alten Soldaten, die Gut und Blut für das Vaterland opferten, Wirklichkeit."

SPD. Frankfurt/M., 21.Februar (Eig.Dr.)

Der Frankfurter Nazigeistliche Probst, der vor einigen Wochen erklärte, dass er sich auch einen Christen mit der Waffe in der Hand im innerpolitischen Kampf vorstellen könne, hatte beim evangelischen Kirchenvorstand seiner Gemeinde den Antrag gestellt, den Katholiken Hitler in das Kirchengebet aufzunehmen, und zwar an der Stelle, wo früher für Kaiser Wilhelm gebetet wurde. Der Kirchenvorstand hat diesem Unfug nicht stattgegeben.

SPD. Die Reichsregierung kündigt an, dass sie eine Kommission zur Prüfung der Missbräuche in der Osthilfe einsetzen will, dem acht Abgeordnete verschiedener Reichstagsfraktionen unter Ausschluss der Kommunisten angehören sollen. Als Vorsitzender dieser Regierungskommission ist der frühere deutschnationale Reichswirtschaftsminister Neuhaus in Aussicht genommen.

Diese Absicht des Herrn Hugenberg ist nicht geeignet, das Misstrauen der Öffentlichkeit gegen eine Untersuchung zu beseitigen, die nicht in den Händen einer völlig unabhängigen und objektiven Stelle liegt. Sie ist in der Reichsverfassung und durch das Haushaltsrecht des deutschen Reiches vorgeschrieben. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags ist das verfassungsmässige Organ für solche Untersuchungen der Ueberwachungsausschuss. Die Reichsregierung hat daher dafür zu sorgen, dass die Arbeit des Ueberwachungsausschusses nicht weiter verhindert wird. Sollte jedoch auch die Reichsregierung den Ueberwachungsausschuss auszuschalten beabsichtigen, so kann eine Beteiligung an der Regierungskommission zur Untersuchung der Osthilfe schon insofern nicht in Frage kommen, als die Aufforderung Hugenbergs an die Abgeordneten zur Mitwirkung an dem von ihm eingesetzten Ausschuss bisher keine Sicherungen für eine völlig objektive Untersuchung enthält. Auch ist nichts darüber bekannt, ob die Ergebnisse der Untersuchung der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollen.

Der Ausschluss der Kommunisten von der Weiterführung der Untersuchung der Osthilfe ist einseitig und unbegründet. Die Kommunisten haben im Haushaltsausschuss des Reichstags bei der Beratung über die Osthilfe absolut sachlich mitgearbeitet. Die Arbeit einer Regierungskommission kann überdies das Recht und die Pflicht des Reichstags, die Untersuchung der für die Osthilfe verausgabten Millionen selbständig und unabhängig von der Reichsregierung zu prüfen, in keiner Weise ersetzen.

SPD. Der Reichswahlausschuss, der am Dienstag mittag unter Vorsitz des Reichswahlleiters Professors Dr. Wagemann zwecks Prüfung und Zulassung der Reichswahlvorschläge für die Reichstagswahl am 5.März zusammentrat, hat von den neun eingereichten Vorschlägen folgende acht zugelassen:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
3. Kommunistische Partei Deutschlands
4. Deutsche Zentrumspartei
5. Kampffront Schwarz-weiss-rot
6. Bayerische Volkspartei
7. Deutsche Volkspartei - Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) - Deutsche Bauernpartei - Deutsch-Hannoversche Parte
11. Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund).

Die Zwischennummern 8 bis 10 fallen aus, weil sie für andere im Reichstag bisher vertretene Parteien vorgesehen waren, von denen keine eigenen Reichswahlvorschläge eingereicht worden sind. Nicht zugelassen wurde der Reichswahlvorschlag der "Sozialistischen Kampfgemeinschaft", die auf Grund der Sammlung von 60 000 Unterschriften im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau einen eigenen, bereits zugelassenen Kreiswahlvorschlag hat. Für die Reichsliste fehlten aber an den 20 notwendigen Unterschriften bei Ablauf der gesetzlichen Frist 16, die der Vertrauensmann, wie er in der Sitzung zugab, nicht rechtzeitig beschaffen konnte. Die Ablehnung erfolgte gegen die Stimme des bisherigen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler.

Die Reichswahlvorschläge wurden wie üblich unter der Voraussetzung zugelassen, dass mindestens ein gültiger Kreiswahlvorschlag angeschlossen ist.

\+ + +

In Preussen sind 7 Wahlvorschläge und zwar in der gleichen Reihenfolge zugelassen wie im Reich.

SPD. Karlsruhe, 21.Februar (Eig.Drahtb.

Der Reichsinnenminister hat die badische Regierung ersucht, das Hauptblatt des badischen Zentrums, den "Badischen Beobachter" in Karlsruhe, wegen einer Kritik an der Rede des Reichskanzlers Hitler in Stuttgart auf 8 Tage zu verbieten. Die badische Regierung hat das Ersuchen abgelehnt und die Entscheidung des Reichsgerichtes angerufen.

SPD. Die Deutsche Staatspartei teilt mit:

Die Mitteilungen aus Hamburg, wonach die dortige Staatspartei eine bürgerliche Koalition einschliesslich der Nationalsozialisten mitmachen wolle, um eine Neubildung des Senats unter Ausschluss der Sozialdemokratie zustandezubringen und gleichzeitig die Auflösung der Bürgerschaft zu verhindern, haben sich als falsch erwiesen. Dass solche Ansinnen von rechts gestellt worden sind, ist ebenso richtig wie ihre Ablehnung durch die Hamburger Staatspartei. Der derzeitige regierende Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen würde übrigens wie er uns zu erklären ermächtigt, auf einer solchen Grundlage weder einen Sitz im Senat übernehmen, noch sein Mandat in der Bürgerschaft behalten.

SPD. Frankfurt/M., 21.Febr. (Eig.Dr.)

Der Ueberfall der Nationalsozialisten, der sich in der Nacht zum Sonntag in Frankfurt-Bockenheim abspielte, hat ein zweites Todesopfer gefordert. Auch der jetzt Verstorbene gehörte der Kommunistischen Partei an. Im Zusammenhang mit dem Verbrechen hat die Polizei inzwischen einen Mann verhaftet, über dessen Person vorläufig jedoch Stillschweigen bewahrt wird.

SPD. Den Nazi-Agitatoren und der schwarz-weiss-roten Presse ist zur Hetze gegen die "Marxisten" und zur Wahlpropaganda jedes Mittel recht. Wiederholt haben die Minister des Papenkabinetts den Mitgliedern der Regierung Braun-Severing die persönliche und politische Lauterkeit öffentlich zugestanden und besonders den Charakter und die Reinheit von Braun und Severing gerühmt. Tut nichts! Heute nennt die Nazipresse dieselben Männer "Diebe" und an den Plakatsäulen ist jetzt zu lesen, dass sie zwei Millionen Mark aus der Staatskasse zu unlauteren Zwecken hätten verschwinden lassen.

Heute können wir die Tatsache verzeichnen, dass Hitler und Papen gezwungen waren, die Beleidigungen gegen Braun-Severing und den Betrugsversuch an den Wählern zu bedauern. Es bedurfte eines Ganges des preussischen Ministerialdirektors Brecht zu Papen, um die Agitationslügen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen an den Pranger zu stellen.

"Auf die Vorstellungen Brechts wiederholte Vizekanzler v. Papen seine am 30.Oktober 1932 dem Ministerpräsidenten gegenüber abgegebene Erklärung, "dass die Reichsregierung die persönliche Integrität des Preussischen Ministerpräsidenten und seiner Amtskollegen nie angezweifelt habe" und dass er den in der Oeffentlichkeit beschrittenen Weg persönlicher Ehrenkränkung bedauere. Er nahm von den weiteren Mitteilungen Kenntnis und verwies im übrigen darauf, dass die Kommissare des Reichs zur Klärung der Angelegenheit das Gutachten der Oberrechnungskammer eingefordert hätten, vor dessen Eingang er im übrigen in der Sache nicht Stellung nehmen und in die Wahlpropaganda nicht eingreifen könne. Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärte, dass die Staatsminister mit der Einforderung des Gutachtens der Oberrechnungskammer durchaus einverstanden seien, aber dagegen Verwahrung einlegten, dass in der Wahlpropaganda das Ergebnis dieses Gutachtens zu ihren Ungunsten vorweg genommen werde."

Reichskanzler Hitler und Vizekanzler v. Papen haben sich mit dem Wortlaut der vorstehenden Mitteilung über die Unterredung einverstanden erklärt. Besser konnte der neueste Harzburger Schwindel kaum entlarvt werden.

Im Anschluss an die vorerwähnte Besprechung hat Staatssekretär Dr.Nobis, der Urheber des jetzt von den Nazis plakatierten Protokolls über eine Staatsministerial-Sitzung, folgendes Schreiben an Ministerialdirektor Dr. Brecht gerichtet:

"Ihrem Wunsche entsprechend bestätige ich, dass nach meiner Ueberzeugung irgendein Vorwurf gegen die persönliche Integrität der an dem Beschluss vom 6.April v.Js. beteiligten Minister völlig ausscheidet; etwas derartiges kann auch nicht aus der Aufzeichnung vom 30.Juli entnommen werden. Ich bestätige Ihnen ferner, dass die Niederschrift über die fragliche Sitzung Anfang September zu den Akten des St.Min. gelangt ist. Ich stelle Ihnen anheim, von diesem Briefe den Gebrauch zu machen, den Sie für richtig halten."

Mit diesen beiden amtlichen Erklärungen bricht eine der niedrigsten Wahllügen gegen den "Marxismus" zusammen.

SPD. Eisleben, 21.Febr. (Eig.Dr.)

Die drei Kommunisten, die an den ihnen bei den blutigen Zusammenstössen in Eisleben von SA-Leuten zugefügten furchtbaren Verletzungen gestorben sind, wurden am Dienstag beerdigt. Nur einem sehr beschränkten Kreis war die Beteiligung an der Beerdigung gestattet.

Die Teilnehmer an dem Trauermarsch wurden auf dem Marktplatz von einem starken Polizeiaufgebot mit Karabinern im Anschlag empfangen und nach Waffen durchsucht. Auch die Kranzschleifen wurden geprüft. Sie fielen teilweise der Schwere zum Opfer. Unter stärkster Polizeibedeckung musste dann der Zug noch sieben Polizeistationen passieren, wo die Inspizierung jedesmal wiederholt wurde. Eine kommunistische Fahne wurde konfisziert. In der Nähe der Gräber überwachten Polizei- und Kriminalbeamte die Trauerfeier. Die Grabrede hatte der kommunistische Abgeordnete des preussischen Landtags, Suhr, dreimal im Polizeipräsidium vortragen müssen. Es wurde ihm aufgegeben, mit keinem einzigen Worte auf die Vorfälle in Eisleben einzugehen und von den Toten nicht als von Ermordeten zu sprechen. Photoaufnahmen von den Leichen hatte die Polizei ebenfalls verboten, so grauenhaft waren sie verstümmelt. Die Gesichter waren von Spatenschlägen bis zur Unkenntlichkeit zerfetzt. Die auswärtigen Delegationen durften ihre Heimreise nur mit der Bahn antreten. Der Trauerfeier wohnten auch Vertreter der Eisernen Front bei.

Am vergangenen Freitag war der bei den Zusammenstössen ums Leben gekommene SA-Mann Berk zur Beerdigung nach seinem Heimatsort überführt worden. Aus diesem Anlass durfte die NSDAP in Eisleben einen Aufmarsch veranstalten, zu dem aus der gesamten Umgegend die SA mit Lastwagen herbeigeholt worden war. Sie wurde nicht nach Waffen durchsucht. Auch die Kranzschleifen wurden nicht inspiziert und nicht zensiert. Der Gauleiter Jordan durfte ständig von dem durch kommunistische Mörderkugeln gefallenen SA-Mann sprechen, obwohl der gerichtliche Befund ausdrücklich feststellte, dass er durch einen Brustschuss, der von unten nach oben verlief, getötet worden ist. Das Hallesche Naziblatt durfte schreiben, dass die Brüder des Toten den Opfertod ihres Bruders nicht ungesühnt lassen würden.

SPD. Der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Dr. Pfleger, der im Haushaltsausschuss des Reichstats an der Untersuchung des Osthilfeskandals mitgewirkt hat, beschwerte sich unter dem 14.Februar in einem Brief an den Reichspräsidenten darüber, dass die nationalsozialistischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses die im Haushaltsausschuss begonnene Prüfung der Osthilfe durch die Sprengung des Ueberwachungsausschusses unmöglich gemacht haben. Sachlich stellt Pfleger in dem Brief fest:

"Für denjenigen, der, wie ich, ohne vorgefasste Meinung an die aktenmässige Prüfung der Durchführung des Osthilfegesetzes in den östlichen Gebietsteilen Preussens herangetreten ist, muss als nachgewiesen erachtet werden, dass entgegen den nationalpolitischen Grundgedanken des Osthilfegesetzes nicht nur von Besitzern mehrerer grosser Güter in überaus geschmackloser Weise der Versuch - teilweise leider mit Erfolg - gemacht wurde, die Steuergelder für eigennützige Zwecke zu ergattern, sondern auch, dass mitunter bei der Behandlung von Entschuldungsanträgen von Grossgrundbesitzern in einer Weise von den Behörden verfahren wurde, die mit dem Ziele der Osthilfegesetzgebung unmöglich in Einklang gebracht werden kann."

Vom Büro des Reichspräsidenten ist dem Abgeordneten Pfleger lediglich mitgeteilt worden, dass diese Eingabe nach Kenntnisnahme dem Reichskanzler zum weiteren Befinden zugeleitet worden sei! Keine Missbilligung, nichts...

SPD. Hamburg, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

In Altona-Osdorf wurde der 20jährige Arbeitersportler Walter Meyer das Opfer eines mit unglaublicher Bestialität ausgeführten Nazimordes.

Der Vorfall ereignete sich während eines Tanzvergnügens, an dem u.a. auch Mitglieder der freien Turnerschaft teilnahmen. Bei ihrem Eintreffen sammelten sich die schon anwesenden Nationalsozialisten vor der Tür des Lokals, scheinbar um einen Angriff vorzubereiten. Auf dem Hof trafen sie dann den Arbeitersportler Walter Meyer allein an. Etwa zehn Nazis stürmten sofort auf Meyer los und misshandelten den Sportler, der der Uebermacht gegenüber wehrlos war, mit Knüppeln und Eisenstangen in fürchterlicher Weise. Ein Schlag über den Kopf spaltete die Schädeldecke, ein zweiter zertrümmerte das Schienbein. Mit den Worten: "Dem Schwein wollen wirs gründlich besorgen" schoss einer der Mörder dem furchtbar Zugerichteten dann eine Kugel in den Rücken, die in einer Niere stecken blieb. Während der Tat hatten die Nazis die Tür des Saales zugeriegelt, sodass Meyer niemand zu Hilfe kommen konnte. Jetzt ist das unglückliche Opfer dieser feigen und viehischen Tat im Krankenhaus Blankenese gestorben. Ein Teil der Täter ist bekannt. Die polizeilichen Nachforschungen sind noch nicht abgeschlossen.

SPD. Seit dem 1. Februar werden die Zeitungen der "Marxisten" wie am laufenden Band verboten. Wie wenig stichhaltig viele Verbotsgründe sind, beweisen die Urteile des Reichsgerichts.

Der Beschwerde des ersten "Vorwärts"-Verbotes ist vom fünften Strafsenat stattgegeben und das Verbot für rechtswidrig erklärt worden. Den gleichen Erfolg haben jetzt folgende sozialdemokratische Blätter beim Reichsgericht errungen: "Volkswacht"-Trier, "Volkswacht"-Breslau, "Volkszeitung" und "Werrawacht"-Eisenach, "Ostthüringer Volkszeitung"-Altenburg, "Ostthüringer Tribüne"-Gera und "Reussische Volkszeitung"-Greiz. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Staate auferlegt. Jetzt folgt für die unberechtigten und aufgehobenen Verbote die Schadenersatzklage.

Das Fliessband der Presseverbote ist nicht kostenfrei für die Steuerzahler und der Erfolg der betreffenden Blätter ist zugleich ein Zeichen für den Missgriff und schweren Misserfolg der Verbotsbehörden.

\+ \+ \+

Am Dienstag sind wieder drei sozialdemokratische Zeitungen verboten worden: die Volkswacht-Luckenwalde auf drei, das Volksblatt-Göttingen auf fünf und das Volksblatt-Saalfeld auf sieben Tage. Das sozialdemokratische Hallesche Volksblatt wurde verwarnt, die Dienstag-Ausgabe des Blattes bald nach Beginn des Druckes beschlagnahmt.

\+ \+ \+

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die kommunistischen Zeitungen "Sozialistische Republik" in Köln, "Freiheit" in Düsseldorf, "Ruhr-Echo" in Essen mit allen Kopfblättern mit sofortiger Wirkung bis zum 28. Februar verboten. In einem Artikel "Hitler regiert" soll der Reichskanzler verächtlich gemacht worden sein. Ferner sind verboten worden die Zentrumszeitungen "Euskirchener Volksblatt" wegen angeblicher Verächtlichmachung der Reichsregierung und die "Dürener Zeitung" wegen Verächtlichmachung leitender Beamter auf je drei Tage.

SPD. Halle, 21.Februar (Eig.Drahtb.)

Welche Zustände der neueste Erlass Goerings heraufbeschwört, zeigte sich in einer Versammlung in Zschornewitz. Als Landjäger den Nazi-Gauleiter Jordan wie jeden anderen Versammlungsbesucher nach Waffen durchsuchen wollten, stiessen sie auf lebhaftesten Protest. SA- und SS-Leute drängten die Landjäger unter einer Flut von Schimpfworten aus dem Saal. In Seyda forderte Jordan, dass sich der Bürgermeister wegen irgendeiner Sache in der Naziversammlung rechtfertigte, sonst würde er drei handfeste Kerle schicken und ihn holen lassen.

SPD. Der Ruhm und der Ruf der "National-Sozialistischen Arbeiterpartei" und ihrer Führer vermehrt sich von Tag zu Tag. Auch am Dienstag verlängerte die Regierung Hitler die Liste ihrer sozialistischen Taten für die Arbeiterschaft.

In das preussische Innenministerium wurde der Staatsanwalt a.D. Grunert als Leiter der Polizeiabteilung berufen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst war der zu diesem ausserordentlich wichtigen und einflussreichen Amt berufene Herr Syndikus des schwerindustriellen Arbeitgeberverbandes Nordwest. Er ist für eine "Arbeiterpartei" ebenso der geeignete Mann, wie der Pressechef der Hitlerregierung Funck, der ehemalige Wirtschaftsredakteur der grosskapitalistischen "Berliner Börsenzeitung".

Am Ernennungstag von Grunert fand ausserdem eine grosse Zusammenkunft im Hause des Reichsministers und Preussenkommissars Göring statt. Ausser dem Reichskanzler und Führer der "National-Sozialistischen Arbeiterpartei" waren folgende Industriekapitäne anwesend:

Dr.Krupp v.Bohlen und Halbach, Bierwes, Bosch, Dr. Brandt, Bühren, Diehn, Flick, Heubel, Hilger, Frhr. v. Löwenstein, Middendorf, Quandt, Reuter, Rosterg, Dr.Schacht, Schickler, Schmidt, Schnitzler, Schulte, v.Siemens, Dr.Springorum, Hugo Stinnes, Tengelmann, v.Winterfeldt, v.Witzleben und Zirkler.

Ueber die Ernennung Grunerts und die bisherigen Taten der Regierung Hitle herrschte bei den Industriekapitänen vollste Zuffiedenheit und Anerkennung. Eine "Arbeiterpartei", die so wie die des Herrn Hitler die Interessen der Herren Flick, Stinnes usw. vertritt, haben sich die Industriekapitäne schon immer gewünscht.

SPD. Paris, 21.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Regierung Daladier hat in einem Ministerrat beschlossen, Disziplinarmassnahmen gegen diejenigen Beamten zu ergreifen, die sich bei den Protestkundgebungen gegen die beabsichtigte Kürzung der Gehälter besonders schwere Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen. In welchem Umfang Strafen verhängt werden, ist noch nicht bekannt. Dieser Beschluss, der bei den Beamtengewerkschaften und der sozialistischen Kammerfraktion grosse Erregung hervorgerufen hat, kann für die Regierung sehr gefährlich werden.

Vertreter der sozialistischen Kammerfraktion empfingen am Dienstag eine Abordnung der Beamtengewerkschaften, die erklärte, dass die Beamten bereit seien, mit allen Staatsbürgern an der Wiederaufrichtung der Finanzen mitzuarbeiten, dass sie aber jedes Opfer, das nur die Beamten treffe, ablehnen würden. Der Führer der Abordnung Jouhaux fügte hinzu, dass der Allgemeine Gewerkschaftsbund sich mit den Beamten solidarisch erkläre.

SPD. Wilhelmshaven, 21.Febr. (Eig.Dr.)
Die oldenburgische Nazi-Regierung hat mit sofortiger Wirkung bis einschliesslich 1.August die periodischen Druckschriften der kommunistischen Partei, "Roter Sturmbote" in Rastede und "Roter Scheinwerfer" in Varel, verboten. Die empfindlichen Herren fühlten sich verächtlich gemacht.

SPD. Der Verfassungsausschuss des Preussischen Staatsrats beschäftigte sich am Dienstag mit einem gemeinsamen Antrag der Sozialdemokratie und des Zentrums auf Einleitung einer Klage des Staatsrats beim Staatsgerichtshof wegen der Auflösung der Provinziallandtage, der Kommunallandtage der Provinz Grenzmark Posen-Westpreussen und der Hohenzollernschen Lande sowie der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Das sind die Körperschaften, von denen die Mitglieder des Staatsrats gewählt werden. Beschlüsse wurden noch nicht gefasst Der Verfassungsausschuss wird seine Beratungen am Donnerstag fortsetzen. Am Donnerstag-Nachmittag wird sich dann der Staatsrat mit der Angelegenheit befassen. Der Antrag dürfte angenommen werden.

SPD. Paris, 21.Februar (Eig.Drhtb)
Der "Paris Midi" meldet aus Strassburg, dass etwa 200 Nationalsozialisten in Uniform auf der Rheinbrücke bei Hunningen eine antifranzösische Kundgebung veranstaltet haben. Die Bevölkerung von Hunningen soll sich vernünftigerweise über diese Heldentat sehr amüsiert haben.
Der "Paris Midi" bemerkt zu dem Vorfall, dass die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland durch die Mitte der Rheinbrücke verläuft, dass aber die Brücke nach dem Versailler Vertrag in ihrer ganzen Länge Eigentum Frankreichs sei und von ihm unterhalten werden müsse.

SPD. Dortmund, 21.Februar (Eig.Drahtb)
In einzelnen Polizeipräsidien des Westens wie in Köln, Recklinghausen, Essen usw. sind eine grössere Anzahl SS-Leute als Hilfspolizeibeamte eingestellt worden.

SPD. Schwerin, 21.Februar (Eig.Drahtb.)
Das letzte Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen in Mecklenburg durch den nationalsozialistischen Innenminister ist ebenfalls auf Beschluss des Reichsgerichts aufgehoben worden. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Freistaat Mecklenburg zur Last. Der Verlag der Mecklenburgischen Volkszeitung in Rostock und des "Freien Wortes" in Schwerin hat sofort Schadensersatzklage gegen die Regierung erheben lassen.

SPD. Eisleben, 21.Februar (Eig.Drahtb)
Im Lohnkonflikt im mitteldeutschen Baugewerbe fällte der Schlichter einen bis zum 28.Februar 1934 geltenden Schiedsspruch, durch den der 89 Pfennig betragene Stundenlohn um 2 Pfennig gekürzt wird. Da den Unternehmern dieser Lohnraub noch nicht genügt, sollen die Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden.

SPD. Der preussische Unterrichtskommissar Rust hat am Dienstag mit sofortiger Wirkung den Vizepräsidenten des Berliner Provinzial-Schulkollegiums, den Sozialdemokraten König, und die beiden Abteilungsdirektoren Dr. Israel (D.Vp.) und Kummerow (SPD) mit sofortiger Wirkung beurlaubt. An ihre Stelle treten ein Oberschulrat Dr. Moeller und ein Regierungsdirektor Hassenstein.

Beurlaubt wurde ferner: der Leiter der Berliner Karl Marx-Schule, Oberstudiendirektor Dr. Karsen, dem zugleich sein Lehrauftrag an der Universität für ausländisches Schulwesen entzogen werden soll. Karsen ist Sozialdemokrat und einer der besten und bekanntesten Pädagogen Deutschlands. Die von ihm organisierte Karl Marx-Schule ist eine höhere Lehranstalt mit der modernsten Erziehungsart, die von den europäischen Pädagogen und vielen Ländern als Musteranstalt betrachtet und nachgebildet worden ist. Seit Jahren ist den schwarz-weiss-roten Reaktionären und ihrer Presse diese Schule ein Dorn im Auge. An der Macht angelangt, hat die "Arbeiterpartei" Hitlers den schwarz-weiss-roten Reaktionären sofort den lange ersehnten Gefallen getan. Die Schule soll "umorganisiert", d.h. als würdiges Glied der Reaktion eingereiht werden.

SPD. Essen, 21.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Pressestelle des Essener Polizeipräsidiums teilt mit: "An der Geschäftsstelle des "Dortmunder General-Anzeigers" in Essen wurden zwei Schaufensterscheiben, bei der "Essener Volkszeitung", dem Essener Zentrumsorgan, elf Schaufensterscheiben und bei dem Bankhaus "Levy-Hirschland vier Schaufensterscheiben von unbekannten Tätern zertrümmert.

SPD. Gladbach-Rheydt, 21.Febr.(Eig.Dr.)

Am Dienstag erschoss der 28jährige Arbeiter Emil Jenssen seine 22 Jahre alte Braut in der Wohnung ihrer Eltern. Vor zwei Monaten hatte Jenssen dem Mädchen die Nasenspitze abgebissen. Sie wollte deshalb nichts mehr von ihm wissen. Der Mörder konnte bald nach der Tat festgenommen werden. Ein Selbstmordversuch missglückte.

SPD. Die zwei Millionen Reichsmark, die von der Preussischen Regierung Braun-Severing unter Mitwirkung der Reichsregierung in rechtlich-einwandfreier Form, wenn auch leider nicht mit genügend Erfolg, zur Abwehr verbrecherischer Anschläge der Feinde der Republik verwendet worden sind, werden in der Nazipropaganda als ein "Skandal", wie ihn die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat" bezeichnet. Dieser Unkenntnis der Geschichte aller Länder, in denen immer staatliche Mittel zur Abwehr der Feinde des Staates verwendet worden sind, sei nur ein Beispiel aus der preussisch-deutschen Geschichte entgegengestellt, die die Pächter des nationalen Gedankens kennen sollten.

Nach dem siegreichen Krieg von 1866 hat Bismarck aus dem beschlagnahmten Vermögen des Königs von Hannover einen Geheimfonds geschaffen, den sogenannten Welfenfonds, der 16 Millionen Taler, d.h. 48 Millionen Mark betrug. Dieser Fonds, der zunächst für die Abwehr der Bestrebungen auf Wiederherstellung eines selbständigen Hannovers bestimmt war, wurde tatsächlich zu allen möglichen Propagandazwecken von der Regierung Bismarck benutzt. Aber man trieb mit Hilfe des Fonds nicht nur Propaganda durch Pressesubventionierung, Wahlflugblätter gegen die Oppositionsparteien und Unterstützung anderer politischen Arbeiten. Auch unmittelbare Korruption bis hinauf zu den "höchsten Herrschaften" war an der Tagesordnung. Es steht fest, dass König Ludwig II. von

Bayern 20 Jahre hindurch je 300 000 Mark zur persönlichen Verwendung aus dem Welfenfonds erhalten hat, um die bayerische Bundestreue zum Reich zu gewinnen und zu erhalten. Der Oberstallmeister des bayerischen Königs, Graf Holnstein, erhielt 10 % Provision von dieser 300 000 Mark-Zahlung jährlich als Schweigegeld.

In der parlamentarischen Kritik erhielt dieser von Bismarck geschaffene Welfen-Fonds, der mindestens den 30fachen Wert der viel besprochenen zwei Millionen ausmachte, den Spitznamen "Reptilienfonds"! Die Nazis werden daraus zu folgern haben, dass Bismarck ein "Marxist" war oder mindestens ein grosszügiges Vorbild für "marxistische Misswirtschaft" geliefert hat.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Jugend der Eisernen Front!

SPD. An der Spitze der Deutschen Republik steht seit dem 30.Januar die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg. Schon diese Namen sind ein Programm. "Abbau des Wohlfahrtsstaates", "Erhaltung des Privateigentums", "Vernichtung des Marxismus und der Novemberverbrecher", das sind die Kampfparolen dieser reaktionären Konzentration.

Die Jugend erfreut sich der besonderen Fürsorge dieses Kabinetts. Der einzige positive Punkt in dem Aufruf der neuen Reichsregierung ist die Ankündigung der Arbeitsdienstpflicht. Es soll eine Arbeitsdienstpflichtarmee als Zwangserziehungsanstalt der deutschen Jugend geschaffen werden. Das ist die einzige Hilfe, die ein Kabinett unter der Leitung des "Arbeiterführers" Hitler der grossen Masse der erwerbslosen Jugend in Aussicht stellt. Eine Million junger Männer und eine halbe Million junger Mädchen und Frauen leiden seit Jahren unter den schrecklichen Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Sie erwarten alle sehnsüchtig den Zeitpunkt, an dem sie wieder ihre Kräfte und ihre beruflichen Fähigkeiten in produktiver Arbeit anwenden können. Die Arbeitsdienstpflicht kann diese Erwartungen nicht erfüllen. Sie bringt Euch keine Entlohnung, sie zerstört die natürlichen Lebensgemeinschaften, sie kann den Älteren unter Euch keine materielle Basis für die Gründung einer eigenen Familie bieten.

Es gibt nur einen Weg aus der Not dieser Krise, das ist die Beschaffung von freier Arbeit zu normalen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das aber ist der Weg der Organisationen der Eisernen Front. Er soll jetzt nach dem Willen der Regierung für immer verbaut werden durch die Beseitigung der politischen Rechte der breiten Massen des Volkes, durch die Beseitigung der Demokratie. Der "Kampf gegen den Marxismus" hat keine anderen Ziele als die Erhaltung der Vormachtstellung des Grossgrundbesitzes und der Schwerindustrie und die Vernichtung aller Kräfte, die die Staatsmacht zur Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne der sozialistischen Forderungen der breiten Massen, insbesondere der Jugend, einsetzen wollen.

In diesem Ringen kann der arbeitenden und vorwärtsstrebenden Jugend die Entscheidung nicht schwer fallen. Sie steht in der Front für soziale Gerechtigkeit, für innere und äussere Freiheit, für Gleichberechtigung, Frieden und allgemeine Abrüstung.

Jugend der Eisernen Front! Die politische und soziale Reaktion hat ihre letzten Reserven mobilisiert zum Kampf gegen die Freiheitsbewegung des deutschen Volkes. Wir nehmen den Kampf auf. Das Recht und der Geist der Verfassung sind unsere Bundesgenossen. Setzt alle Eure Kräfte ein. Werbt neue Kämpfer gegen die drohende Gewaltherrschaft der vereinigten faschistisch-kapitalistischen Reaktion. Ihr habt Euch in dem Kampfjahr 1932 tapfer geschlagen, wir rechnen auch jetzt auf Euch!

Die "neuen Herren" haben uns die Vernichtung angedroht. Sie können uns nicht schrecken. Die arbeitende und freiheitsliebende Jugend wird nicht eher ruhen, bis das System des 30.Januar in Deutschland wieder beseitigt ist. Je mehr sie uns beschimpfen, je wütender sie gegen unsere Organisationen anrennen desto fester und entschlossener wird die Jugend der Eisernen Front zusammenstehen, um auf dem Boden der Verfassung unseren Ideen zum Siege zu verhelfen.

Die Reaktion hat sich in ihrem Hass gegen Volksherrschaft und Arbeiterbewegung geeinigt. Unsere Einheitsfront ist die Eiserne Front! Ihre Parolen und Ziele sind die Kampfeslosungen der jungen Arbeiterschaft.

Freiheit!

Für die Jugend der freien Gewerkschaften: Walter Maschke.
Für die Jugend der Arbeitersportverbände: Fritz Wildung.
Für die Sozialistische Arbeiterjugend: Erich Ollenhauer.
Für die Jugend des Reichsbanners: Franz Osterroth.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Zur Gedächtnisstärkung.

SPD. Wie war es Ende 1918? Hier ist ein oft zitiertes Schreiben, das dennoch nicht oft genug dem Volk ins Gedächtnis gerufen werden kann. Wir empfehlen dies Schreiben der besonderen Beachtung aller Wahlredner der nationalkonzentrierten Front. Es lautet:

Berlin, 3. Oktober 1918

An den

Herrn Reichskanzler.

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 29. September ds. Js. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht. Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen und dem deutsche Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

von Hindenburg
Generalfeldmarschall.

Sollte dieser Brief noch nicht genügen, so verweisen wir auf die Ausführungen eines intimen Freundes von Herrn Minister Hugenberg. Dr. Ludwig Bernhard, ordentlicher Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin, schreibt in seiner Schrift "Der Hugenberg-Konzern": "Einen Monat später, am 19. Juli, erfuhr ich, dass nach Ansicht der Operationsabteilung Hindenburgs der Krieg verloren sei." Am 19. Juli 1918. Wer wagt angesichts dieser Zeugnisse die Dolchstosslegende zu vertreten?

Goldene Hugenbergworte.

Die Quelle der Schieberei.

Herr Hugenberg ist Reichswirtschaftsminister. Er hat den Aufruf gegen den Marxismus unterzeichnet, der nach Ansicht der Reichsregierung in 14 Jahren Deutschland ruiniert hat. Die Weltgeschichte scheint nach diesem Aufruf erst im November 1918 zu beginnen. Früher hat Reichsminister Hugenberg seine Blicke weiter nach rückwärts gewandt. Auf dem deutschnationalen Parteitage am 12/13. Juli 1919 forderte er die entschlossene Abwendung von der Kriegswirtschaft. Dazu führte er aus:

"Ich will auf die Entwicklung der Kriegswirtschaft, die ich vom Herbst 1914 ab stets bekämpft habe, hier nicht näher eingehen und nur feststellen: Sie ist eine der ersten Hauptquellen der Schieberei, der Verachtung von Gesetz und Recht und des Gefühls, dass nicht jeder seines eigenen Glückes Schmid, sondern der Staat der Glücksschmid jedes einzelnen sei."

Die Kriegswirtschaft, die Herr Hugenberg vom Herbst 1914 ab stets bekämpft hat, war ein Instrument der kaiserlichen Kriegführung. Sie hat mit Marxismus aber auch nicht das mindeste zu tun. Wir stellen also fest, dass im Jahre 1919 Herr Hugenberg eine der ersten Hauptquellen der Schieberei in der

wirtschaftlichen Kriegführung durch das kaiserliche System erblickt hat. Blicken Sie rückwärts, meine Herren, in die Geschichte, aber bleiben Sie nicht im November 1918 stehen!

Was ists mit den Rohstoffen?

Reichskanzler Adolf Hitler hat die sogenannten Novemberverbrecher der Verschleuderung der Kriegsrohstoffe beschuldigt. Diese Beschuldigung ist in der Folge nicht weiter substanziiert worden. Man weiss also nicht, was der Reichskanzler dabei im Auge gehabt hat. Der Gedanke, dass bei Ende des Krieges Deutschland noch im Besitze ungeheurer Rohstoffe gewesen wäre, ist durchaus abwegig. Herr Hugenberg, jetzt Reichswirtschaftsminister, sprach am 8.März 1919 in der Nationalversammlung in Weimar:

"Der Feind hat uns viel genommen und nimmt uns dank unserer Hilflosigkeit täglich mehr. Ich erwähne hier nur die beiden wirtschaftlichen Dinge: Auslandhandel und Rohstoffe. Aber würden wir, wenn wir zum Beispiel Rohstoffe hätten, davon Gebrauch machen können?"

Kann es klarer gesagt werden, dass am Ende des Krieges Rohstoffe nicht mehr vorhanden waren?

Marxismus.

Herr Hugenberg hat als erster das politische Schlagwort "Kampf dem Marxismus" benutzt. Sollte man es für möglich halten, dass Hugenberg am 8.März 1919 in der Nationalversammlung in Weimar das folgende ausführte?:

"Grundsätzlich stehe ich nicht an zu erklären, dass meine Partei entsprechend ihrem Programm mit jeder Art von Sozialisierung einverstanden sein würde für die überwiegende Gründe des Gemeinwohls sprächen."

Da war der Redner verdächtig nahe an den Marxismus herangeraten!

Die Redner.

Als Reichsminister Hugenberg die erste Wahlkundgebung seines schwarzweissroten Wahlblocks im Sportpalast zu Berlin eröffnete, sprach er mit starker Betonung: er habe keine Zeit zum reden, er müsse arbeiten. In früheren Jahren hat er ähnliches noch drastischer ausgedrückt. Er sprach in der Nationalversammlung, ebenfalls am 8.März 1919:

"Ich fürchte nur, dass das System des Herrn Ministers Wissell mehr die Redner, diese gefährlichste Klasse der Menschen (grosse Heiterkeit) als die Organisatoren in den Vordergrund schieben wird."

Die Schuldfrage.

Gegenüber allen Versuchen, dem Marxismus die Schuld an der Not in Deutschland zu geben, genügt es auf die Tatsache hinzuweisen, dass Deutschland den Krieg verloren hat. Wer hat ihn verloren? Am 28.Juni 1920 sprach Hugenberg auf der Generalversammlung des Bergbauvereins zu Essen:

"Der Misserfolg, den unser Volk im ganzen in diesem Kriege erlitten hat, bedeutet - darüber lässt sich nicht mehr hinwegkommen - ein Versagen der Führerschaft unseres Volkes. Es sind stets wenige, von denen die Völker geführt werden. Die Aufgaben, die denjenigen in Deutschland, die an der Führerschaft beteiligt waren, in diesem Kriege gestellt wurden, waren riesengross, aber man kann es nicht verkennen: die führenden Schichten haben vor und während des Krieges schliesslich versagt."

An diesen Worten ist nicht zu wackeln!

Aus aller Welt

Geistesblitze
von Adolf Hitler.

SPD. Die nachfolgenden Aussprüche sind dem schriftstellerischen Werk des Herrn Reichskanzlers entnommen:

"Die harte Faust des Schicksals, die mir das Auge öffnete..."

+

"Die Grundlage, auf der die Partei steht, ist der Schildarm des deutschen Volkes."

+

"Gleich einer drohenden Gewitterwolke hing schon damals die "freie Gewerkschaft" über dem politischen Horizont und über dem Dasein des Einzelnen. Sie war eines der fürchterlichsten Terrorinstrumente gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft, die Festigkeit des Staates und die Freiheit der Person."

+

"Man wird hoffentlich nicht meinen, dass aus den Stimmzetteln einer alles eher als geistreichen Wählerschaft die Staatsmänner gleich zu Hunderten herauswachsen. Ueberhaupt kann man dem Unsinn gar nicht scharf genug entgegentreten, dass aus allgemeinen Wahlen Genies geboren würden. Zum ersten gibt es in einer Nation nur alle heiligen Zeiten einmal einen wirklichen Staatsmann und nicht gleich an die hundert und mehr auf einmal; und zum zweiten ist die Abneigung der Masse gegen jedes überragende Genie eine geradezu instinktive."

+

"Leider ist die militärische Niederlage des deutschen Volkes nicht eine unverdiente Katastrophe, sondern eine verdiente Züchtigung der ewigen Vergeltung. Wir haben diese Niederlage mehr als verdient."

+

"Für das deutsche Volk darf man es als ein grosses Glück betrachten, dass die Zeit seiner schleichenden Erkrankung plötzlich in einer so furchtbaren Katastrophe abgekürzt wurde, denn im andern Falle wäre die Nation wohl langsam, aber umso sicherer zugrunde gegangen."

+

"Das Mädchen soll seinen Ritter kennen lernen. Würde nicht die körperliche Schönheit heute vollkommen in den Hintergrund gedrängt durch unser laffiges Modewesen, wäre die Verführung von Hunderttausenden von Mädchen durch krummbeinige, widerwärtige Judenbankerte gar nicht möglich. Auch dies ist im Interesse der Nation, dass sich die schönsten Körper finden und so mithelfen, dem Volkstum neue Schönheit zu schenken."

+

"Analog der Erziehung des Knaben kann der völkische Staat auch die Erziehung des Mädchens von den gleichen Gesichtspunkten aus leiten. Auch dort ist das Hauptgewicht vor allem auf die körperliche Ausbildung zu legen, erst dann auf die Förderung der seelischen und zuletzt der geistigen Werte."

+

"Erst in zweiter Linie hat der völkische Staat die Bildung des Charakters in jeder Weise zu fördern."

+

"Auch in der Wissenschaft hat der völkische Staat ein Hilfsmittel zu erblicken zur Förderung des Nationalstolzes. Nicht nur die Weltgeschichte, sondern die gesamte Kulturgeschichte muss von diesem Gesichtspunkt aus gelehrt werden. Es darf ein Erfinder nicht nur gross erscheinen als Erfinder, sondern muss noch grösser erscheinen als Volksgenosse."

+

"Der schwarzhaarige Judenjunge lauert stundenlang, satanische Freude in seinem Gesicht, auf das ahnungslose Mädchen, das er mit seinem Blut schändet und damit seinem, des Mädchens Volke raubt.... Besonders ein Teil des höheren Adels verkommt vollständig. Der Jude weiss das ganz genau und betreibt deshalb diese Art der "Entwaffnung" der geistigen Führerschicht seiner rassischen Gegner planmässig."

+

"Solange der Jude nicht der Herr der anderen Völker geworden ist, muss er wohl oder übel deren Sprache sprechen, sobald diese jedoch seine Knechte wären, hätten sie alle eine Universalsprache (z.B.Esperanto) zu lernen."

+

"Wer in den jüdischen Zeitungen nicht bekämpft, also verleumdet und verlästert wird, ist kein anständiger Deutscher..."

+ + +

Brolat=Prozess. In dem Berliner Prozess gegen den des Falscheides beschuldigten früheren BVG=Direktor Brolat stellte der Vorsitzende am Dienstag fest, dass aus dem von Oberregierungsrat Tapolski angefertigten Protokoll über die Vernehmung Brolats am 30.Oktober 1929 nicht hervorgehe, ob und in welcher Art Brolat über seine Eidespflicht belehrt worden sei. Zur Sache selbst wurden eine ganze Reihe von Zeugen vernommen. Den Chefs und Angestellten der Firma Keller & Furch, von der die Sklareks Anzüge für ihre Freunde bezogen hatten, wollte der Vertreter der Staatsanwaltschaft nachweisen, dass sie dem kriminalpolizeilichen Sachverständigen nach der Verhaftung der Sklareks bewusst unrichtige Kontoauszüge vorlegen liessen. Die Keller & Furch=Zeugen bestritten derartige Täuschungsabsichten. Schliesslich wurde noch der frühere Stadtbankdirektor Hoffmann vernommen, dessen leichtsinnige Kreditgewährung seinerzeit im Sklarekprozess eine erhebliche Rolle spielte. Hoffmanns Vernehmung bestätigte den früheren Eindruck, dass der Stadtbankdirektor dem Amt, das er verwaltete, nicht gewachsen war. Der Zeuge bestritt im übrigen, dass er nach Aufdeckung des Sklarek=Skandals Direktor Brolat kniefällig ersucht habe, ihm bei der Vertuschung seiner freundschaftlichen Beziehungen zu den Sklareks behilflich zu sein. Hier steht Aussage gegen Aussage. Fortsetzung der Verhandlung am Donnerstag.

+ + +

Grossfeuer. Ein Teil des Metallwerkes Julius und Albert Hirsch in Lukkenwalde (Mark) wurde durch Grossfeuer eingeäschert. Der Schaden ist zum grössten Teil durch Versicherung gedeckt.

+ + +

Die tanzenden Diebe. Beamte der Berliner Kriminalpolizei hoben nach längerer Beobachtung das an der Weidendamer Brücke gelegene Tanzinstitut "Romana" aus. 20 Einbrecher und Hehler wurden festgenommen. Bedeutende Mengen Diebesgut - u.a. ein grosser Posten in Leipzig gestohlener Felle, ausserdem mehrere Seidenballen - konnten beschlagnahmt werden.

+ + +

13 Seeleute ertrunken. In der Nähe der spanischen Westküste sind ein Fischdampfer und eine Motorbarkasse im Sturm gescheitert. 13 Seeleute ertranken.

+ + +

150 Tote! In einer Vulkanisieranstalt in Schanghai entstand durch die Explosion von zwei Gasolintanks Grossfeuer. 150 Menschen kamen ums Leben.

\+ + +

Rekord der Lichtreklame. In Leverkusen bei Köln wurde das sogenannte Bayerkreuz der I.G. Farbenwerke eingeweiht. Es ist mit einem Durchmesser von 72 Metern und 2 200 Lampen die grösste freihängende Lichtreklame der Welt. Die Anlage besteht aus zwei 126 Meter hohen riesigen Netzen, die nach Köln und Düsseldorf gerichtet sind und bei Nacht auf 7 Kilometer Entfernung gesehen werden können. Die beiden Netze sind 55 Meter voneinander entfernt, jeder Buchstabe ist 12 Meter hoch.

\+ + +

Verkehrsunglück. In London entgleiste ein Strassenbahnwagen und stürzte um. 18 Personen wurden verletzt.

\+ + +

Artistentod. In Manila (Philippinen) brach der aus Dresden stammende Artist Bradow während einer Vorführung seiner Nummer "Die menschliche Kanonenkugel" beim Niederfall ins Netz das Rückgrat und verschied nach kurzer Zeit.

\+ + +

5 Autoschieber. Beamte des Autodiebstahlsdezernats der Berliner Kriminalpolizei verhafteten eine aus zwei und eine aus drei Mann bestehende Autoschieberkolonne. Die Festgenommenen hatten eine Anzahl junger Burschen mit Erfolg dazu angehalten, in den Strassen Berlins Kraftwagen zu entwenden, die dann von ihnen "umgebaut" und weiterverschoben wurden. Eine ganze Reihe von Prägestempeln, Stanzen, Kühlerfiguren und Plaketten konnten beschlagnahmt werden.

\+ + +

Bobkatastrophe. In der Nähe von Mayen (Rheinland) fuhr ein mit sechs jungen Leuten besetzter Bobschlitten in einer Doppelkurve gegen das Geländer einer Eisenbahnbrücke. Der 20jährige Lenker des Schlittens wurde tödlich, ein anderer Mitfahrer lebensgefährlich verletzt.

\+ + +

Vereitelter Kassenraub. Am Dienstag morgen drang ein junger Mann in den Kassenraum der Steglitzer Filiale der Berliner Städtischen Sparkasse ein, zog eine Pistole und rief den anwesenden Beamten zu: "Hände hoch, Geld heraus!" Als der junge Mann die auf dem Kassentisch stehende Geldkassette zu entwenden versuchte, gelang es einem Stadtbankassistenten, den Räuber von hinten zu überraschen, zu Boden zu werfen und ihm die Pistole zu entreissen. Polizeibeamte verhafteten dann den Verbrecher und identifizierten ihn als einen 18 Jahre alten Friseur namens Heinz Doering.

\+ + +

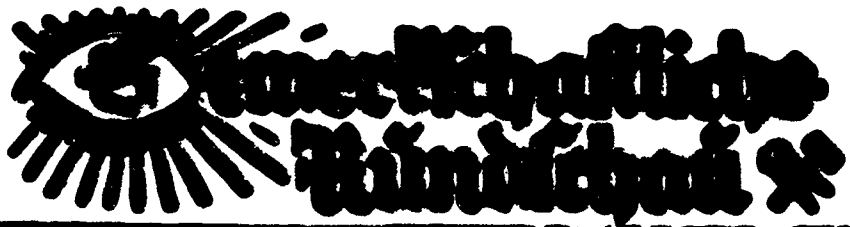
"Künstlerische" Währung. Der amerikanische Finanzfachmann Harrington macht in einer New Yorker wirtschaftspolitischen Zeitung den Vorschlag, die amerikanischen Kunstschätze zur Grundlage einer neuen amerikanischen Währung zu machen.

\+ + +

Gefährlicher "Silbersee". In Magdeburg haben mehrere nationalsozialistische Verbände Einspruch erhoben gegen das Drama "Silbersee" Georg Kaisers, das bei der Uraufführung in der Vaterstadt des Dichters - Kaiser stammt aus Magdeburg - einen starken künstlerischen Erfolg hatte.

\+ + +

Flugzeugkatastrophe. In Ontario (USA) stürzte ein Verkehrsflugzeug ab. Fünf Personen wurdengetötet.



Neues System - neuer Lohnabbau.

SPD.Deutschland verjüngt sich. Die schlanke Linie wird jetzt hochmodern. Der Hungerriemen wird noch enger geschnürt. In einer ganzen Reihe von Industriezweigen machen die Unternehmer Miene, nun in der Lohnfrage aufs Ganze zu gehen.

Wundern kann man sich darüber nicht. Die neuen Lohnabbauvorstösse stellen sich nicht von ungefähr ein. Die Scharfmacher glauben, dass jetzt ihre Zeit gekommen ist. An verschiedenen Stellen sind sie plötzlich wieder sehr aktiv. Nicht nur aus dem Baugewerbe - worüber wir bereits berichtet haben - auch aus der Textilindustrie, aus dem Holzgewerbe, aus der Glasindustrie und vor allem aus der Landwirtschaft kommen recht unerfreuliche Meldungen.

Bei den Landbundagrariern scheint in der Lohnfrage jede Vernunft restlos zum Teufel gegangen zu sein. Die furchtbaren Verwüstungen des zweijährigen wirtschaftszerstörenden Lohnabbaus haben auf diese Herrschaften, die heute im neuen Kurs ein gewichtiges Wort mitzureden haben, nicht den geringsten Eindruck gemacht. Sie fordern eine weitere Verringerung der bereits unheimlich tief gesenkten und heute wahrhaft jämmerlich niedrigen Landarbeiterlöhne. Ob sie mit der Ankurbelung eines neuen Lohnabbaus ihre Ware bei verminderter Kaufkraft loswerden, kümmert sie nicht. Wozu solche Sorgen? Die neue Regierung ist ja ihre Regierung. Selbstverständlich sind die ärgsten Osthilfe-Nutzniesser auch die ärgsten Lohndrücker.

Die Arbeitgebergruppe des Pommerschen Landbundes im Kreis Ueckermünde verlangt von der Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes in Stettin die Einwilligung in eine Senkung des Stundenlohns der Freiarbeiter von 38 auf 25 Pfennig, also sage und schreibe um 13 Pfennig. Die Bezahlung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit, für die der Tarifvertrag bisher einen einheitlichen Satz von 51 Pfennig in der Spitze vorsah, soll auf 30 Pfennig, also um 21 Pfennig pro Stunde herabgesetzt werden. Auch die Löhne der Halbdeputanten und Frauen sollen eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Für den Kreis Usedum-Wollin liegen ähnliche Forderungen vor. Ebenso sind in anderen Kreisen die Tarife gekündigt worden, und man muss sich auch hier auf ähnliche Kemmungslosigkeiten der Grossagrarier gefasst machen, wie sie im Kreis Ueckermünde in Erscheinung getreten sind. Unter den Landarbeitern herrscht angesichts der neuen Lohnabbauforderungen ungeheure Erregung.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass sich die Lage der Landarbeiter und ganz besonders die der Freiarbeiter recht verschlechtert hat. Der Gesamtlohn erreicht bei den jetzigen Löhnen vielfach nicht einmal die Höhe der Wohlfahrtsunterstützung. Dazu kommt, dass die Landarbeiter heute im Gegensatz zu früher fast nur noch 3 bis 4 Monate im Jahr Arbeit haben. Die Landarbeiterlöhne wie sie jetzt bestehen, gestatten wirklich nicht einen neuen Abbau, auch nicht den geringsten.

+

Die Glasindustriellen, die am meisten unter dem allgemeinen Kaufkraftschwund zu leiden haben, begreifen immer noch nicht, dass die Lohnkürzungen

ihnen ebenso wie der gesamten Wirtschaft nicht zuträglich war. Sie suchen immer wieder ihr Heil im Lohnabbau.

Vor einigen Tagen unternahmen die Glasindustriellen der Gruppe Provinz Brandenburg einen neuen Vorstoss. Ihre Forderungen bestehen in 5 bis 19% Lohnkürzung, d.h. sie wollen ihren Arbeitern in der Stunde 2,5 bis 8 Pfennig abziehen. Sie nennen das Angleichung. Die Tarifparteien haben bereits verhandelt, aber ohne Ergebnis.

Auch die Kristallglasindustriellen der Grafschaft Glatz stellten nach Aufkündigung des Tarifvertrags Lohnabbauforderungen von 5 bis 20%. Die Verdienste in dem genannten Gebiet sind jetzt schon fürchterlich niedrig. Eine neue Lohnkürzung würde jede Lebensmöglichkeit zerstören.

Was wollen die Glasindustriellen? Mit Wirtschaft haben ihre Forderungen nichts mehr zu tun; denn eine Rettung für die Glasindustrie kann damit nicht erzielt werden. Wollen die Glasindustriellen Krieg mit den Arbeitern? Wenn sie ihn unbedingt haben wollen - die Organisation wird nicht ausweichen, wenn ihr der Fehdehandschuh hingeworfen wird.

*

Wie absolut verständnislos das Unternehmertum auch im neuen politischen Kurs der Not der Arbeitnehmer gegenübersteht, wie wenig von dem Klassenfrieden zu merken ist, den die Hitlerregierung bringen sollte, zeigen auch die Tarifkonflikte der Angestellten. Der Arbeitgeberverband der Siegerländer Gruben und Hütten hatte, als er den Lohntarif der Metallarbeiter kündigte, auch den Gehaltstarif der Angestellten gekündigt. Natürlich will er auch hier einen Abtau vornehmen. Gedacht ist an einen Abbau, der sich zwischen 7 und 13% bewegt. Bei den Parteiverhandlungen kam keine Einigung zustande. Am kommenden Donnerstag finden daher in Köln die Schlichtungsverhandlungen statt.

Die Siegerländer Angestellten setzen sich gegen jeden neuen Abbau geschlossen zur Wehr. So erklärte der Geschäftsführer des DHV, den Gehaltsabbauwünschen der Unternehmer müsse ein glattes Nein entgegengesetzt werden; denn es gehe nicht an, für arbeitende Kaufmannsgehilfen niedrigere Gehaltssätze tarifvertraglich festzulegen, als in der Wohlfahrt Unterstützung gegeben werde. Der Arbeitgeberverband könne nicht bestreiten, dass heute schon die Angestellten der Gruppen I und IV in ihrer Mehrheit ungünstiger gestellt sind als die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Schon diese Tatsache zeige, dass die Kündigung des Tarifvertrags eine unüberlegte Handlung des Arbeitgeberverbandes sei. Der Kampfruf der Arbeitgeber laute: Gebt der Wirtschaft Ruhe und eine Anlauffrist. Zu dieser Ruhe gehöre nach der Auffassung der Angestellten aber auch eine Ruhe in der Lohn- und Gehaltspolitik und deshalb müsse ein weiterer Gehaltsabbau abgelehnt werden.

SPD. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen wendet sich mit einem Aufruf an die deutschen Kriegsopfer.

"Die Staatsgewalt" - beginnt der Aufruf - "geht vom Volke aus! Dieses verfassungsmässige Grundrecht der Deutschen steht am 5. März zur Entscheidung. Ihr Kriegsopfer seid wieder zur Reichstagswahl aufgerufen. Zu dieser grossen Auseinandersetzung eure Stimme zu erheben, habt ihr ein besonderes Recht. Man hat von euch den Einsatz von Leben und Gesundheit gefordert, als es im Weltkrieg um den Bestand von Reich und Volk ging. Man kann Euch nicht zumuten, feige zu schweigen, wenn es erneut um das Schicksal der Nation geht. Ihr habt das Vaterland in schwerster Zeit vorbehaltlos verteidigt. Ihr habt Gesundheit, Blut und Leben für sein Bestehen eingesetzt. Niemand darf es wagen, Euch als Menschen ohne Nationalgefühl zu beschimpfen."

Das Kernstück des Aufrufs besteht in einer wirkungsvollen Gegenüberstellung dessen, was die Kriegsopfer fordern und ablehnen. Es lautet:

"Wir wollen nicht zurück zu den alten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit!

Wir wollen behalten, was wir seit der Staatsumwälzung 1918 zäh erkämpft haben.

Wir wollen nicht die wirtschaftlichen Opfer des Krieges sein.

Wir wollen wiederhaben, was wirtschaftliche Kriegsfolgen und ihre Krisen durch Notverordnungen uns zerstört haben.

Wir wollen nicht zurück zur Militärversorgung der Vorkriegszeit, zu Ehrensold und Almosen.

Wir wollen behalten Versorgungs- und Fürsorgerecht, gesetzlichen Schutz der Kriegsbeschädigten im Wirtschaftsleben und soziale Rechtssprechung.

Wir wollen nicht willenlose Objekte der Gesetzgebung und Behörden sein.

Wir wollen Mitwirkung in der Gesetzgebung und Verwaltung, Anteil an der Verantwortung.

Wir wollen nicht, dass die Opfer des Krieges zuerst die Opfer der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftsnot sind.

Wir wollen, dass alle Kriegsopfer sich in Staat und Wirtschaft ihren Unterhalt erwerben können und das Recht auf Anwartschaft im öffentlichen Dienst verwirklicht wird.

Wir wollen nicht, dass die Kriegsopfer als Verteidiger der deutschen Scholle von ihrem Besitz ausgeschlossen sind.

Wir wollen, dass die Kriegsopfer zur Erhaltung ihres Besitzes vor allen anderen entschuldet werden.

Wir wollen den Sozialstaat, wir wollen den Staat der Volkswohlfahrt!

Wie ist dies alles zu erreichen? Nicht im autoritären Staat, nicht in der Diktatur, nicht im Staat einer Partei! Die Erneuerung einer Nation ist nach jedem Zusammenbruch noch immer Aufgabe aller Glieder der Nation gewesen. Nur in Demokratie und Freiheit kann diese Erneuerung geschehen!"

"Deshalb Kameradinnen und Kameraden" - so schliesst der Aufruf - "besinnt euch auf euch selbst! Besinnt euch auf die Kraft der Demokratie! Besinnt euch auf eure unverbrüchlichen Rechte!

Gebt eure Stimme nur für Demokratie und Republik."

SPD. Die Betriebsratswahl in dem grossen Gastwirtskonzern von Aschinger in Berlin schloss mit einem Erfolg für die freien Gewerkschaften. Die letzte Wahl hatte bei einer sehr schwachen Beteiligung im Jahre 1931 stattgefunden. Diesmal war die Beteiligung eine erheblich bessere, wenn sie auch immer noch zu wünschen übrig liess. Von den 2210 zum Arbeiterrat Wahlberechtigten stimmten 1678 ab. Es erhielten die freien Gewerkschaften 726 (bei der letzten Wahl 660) Stimmen, die RGO 607 (665), die Nazis 339 (keine Liste bei der letzten Wahl). Die Mandatsverteilung ist folgende: Freie Gewerkschaften 6 (7), RGO 5 (8), Nazis 2 (-).

Bei der Wahl zum Angestelltenrat wurden 195 Stimmen bei 371 Stimmberechtigten abgegeben. Es erhielten die freien Gewerkschaften 142, die Nazis 53 Stimmen. Der Angestelltenrat setzte sich bisher zusammen aus 5 Freigewerkschaftern, 1 RGO-Mann und 1 DHV-Mann. Diesmal sind gewählt 5 Freigewerkschafter und 2 Nazis.

Der Betriebsrat setzt sich zusammen aus 8 (7) Freigewerkschaftern, 4 (8) RGO-Leuten und 2 Nazis. Die freien Gewerkschaften haben somit im Betriebsrat die Mehrheit errungen.

Wirtschaft Technik Handel

Zerrütteter Baumarkt.

Abschluss der Preussischen Landespfandbriefanstalt.

SPD. Die Preussische Landespfandbriefanstalt, die aus einem Gewinn von 2,6 Millionen Mark (im Vorjahr 2,5 Mill.Mark) wieder eine Dividende von 4 % verteilt, geht in ihrem Geschäftsbericht für das verflossene Jahr eingehend auf die Schäden ein, die verschiedene Massnahmen der amtlichen Wirtschafts= politik im Wohnungsbau und auf den Kapitalsmärkten angerichtet haben.Man muss sich dabei die Bedeutung und die Funktion von Instituten wie der Preussischen Landespfandbriefanstalt klar machen. Sie haben den Zweck, den Wohnungsbau in gemeinnütziger Weise zu fördern, und sie tun das,indem sie dem Wohnungsbau Kapital zuleiten. Dieses Kapital sind aber Spargelder des breiten Publikums. Sie werden bei den Pfandbriefanstalten konzentriert und strömen von dort be= fruchtend in die Bauwirtschaft. Der Sparer erhält für seine Spargroschen ein Wertpapier,den Pfandbrief. Der ganze Apparat beruht also auf dem Vertrauen der Sparer. Wird das Vertrauen der Sparer erschüttert, wird der Sparer miss= trauisch,dann verkauft er Pfandbriefe. Dann kann die Pfandbriefanstalt keine Gelder mehr konzentrieren und an die Bauwirtschaft ausleihen. Das Misstrauen der Sparer macht die Pfandbriefanstalten unfähig, weitere Darlehen zu geben. Die Bauwirtschaft muss dann stocken.

In dieser Lage befinden wir uns in Deutschland durch die mit Hilfe von Notverordnungen vorgenommenen Eingriffe in den Kapitalsmarkt. Die Preussische Landespfandbriefanstalt schildert die Folgen dahin,dass grosse Sparer, z.B. die Sozialversicherungen, beträchtliche Mengen von Pfandbriefen verkauft ha= ben. Es scheint der Preussischen Landespfandbriefanstalt nur gelungen zu sein, einen Teil dieser verkauften Pfandbriefmengen wieder dauend unterzubringen. Auch ist von der Möglichkeit, Hypothekenverpflichtungen durch Pfandbriefe ab= zulösen, nur wenig Gebrauch gemacht worden. Aus diesen Gründen hat sich eine Verminderung im Umlauf von Pfandbriefen ergeben, was natürlich verhinderte, neue Kredite an den Wohnungsbau zu gewähren. Der Nettoumlauf der Pfandbriefe hat sich bei der Preussischen Landespfandbriefanstalt von rund 352 Millionen Mark auf 342,7 Millionen Mark vermindert. Die Zinsrückstände haben sich dage= gen erhöht und werden insgesamt mit 1,18 Millionen Mark angegeben. Dafür hat das Institut natürlich Vorsorge getroffen. Der allgemeine Reservefond ist von 3,3 auf 4,3 Millionen erhöht worden. Ausserdem erscheinen Rückstellungen in Höhe von 2,46 Millionen Mark. Die Abschreibungen hat man von 260 ooo auf 370 ooo Mark gesteigert.

Es ist kein erfreuliches Bild,das der Bericht der Preussischen Landes= pfandbriefanstalt über die Eingriffe in den Kapitalsmarkt gibt. Die Wirtschaft, insbesondere die Bauwirtschaft, hat dadurch eine starke Lähmung erfahren.Der Blutumlauf in der Bauwirtschaft,der von der Darlehensgewährung mit Hilfe des Pfandbriefs ausgeht, ist eben empfindlich gestört.

Entsprechend trübe sind die Aussichten auf dem Baumarkt, die die Preus= sische Landespfandbriefanstalt gibt. Nach den gemachten Erfahrungen lässt sich verstehen,wenn das Institut eine generelle Zinssenkung ablehnt. Nicht ganz so lässt sich die Ablehnung des Vollstreckungsschutzes verstehen,wenn man der Auf= fassung ist, dass ein erweiterter Vollstreckungsschutz vor allem Mieter und

kleine Hausbesitzer umfassen muss. Die hier in Frage kommenden kleinen Existenzen können sich mit Recht darauf berufen, dass das,was der Landwirtschaft ohne weiteres gewährt wird, ihnen auch gewährt werden muss. Es liegt keine Ursache vor, hier mit verschiedenem Mass zu messen. Das gilt umso mehr,da die Landespfandbriefanstalt zugeben muss,dass die gesetzliche Mietsenkung allgemein ihren Zweck nicht erreicht und dass die anhaltende Arbeitslosigkeit die Fähigkeit zur Mietzahlung vermindert hat. Dagegen verweist das Institut auf andere Hilfsmittel, so auf die den Baugenossenschaften gewährten Liquiditätshilfen und Stützungskredite, auf die Aussetzung von Verzinsung und Tilgung der öffentlichen Mittel, insbesondere der Hauszinssteuerhypotheken,auf die steuerliche Entlastung der Neubauten und die Eigenhilfe des Neubaubesitzes. Wichtig ist der Hinweis des Instituts, den Kleinwohnungsbau durch Ausbau der nachstelligen Kreditgewährung zu fördern. Das Institut ist dabei der Auffassung, dass der Kleinwohnungsbau immer der öffentlichen Unterstützung bedürfe. Preussen hat hier die Errichtung der Preussischen Wohnungskreditanstalt vorgeschlagen. Es ist leider bei diesem Vorschlag verblieben. Das verheissungsvolle Projekt wurde bis jetzt nicht durchgeführt. Im übrigen wendet sich die Preussiche Landespfandbriefanstalt dagegen,dass die Hauszinssteuerhypotheken für andere Zwecke als für die Aufgaben des Bau- und Wohnungsmarktes verwandt werden. Jedenfalls ist sich die Preussische Landespfandbriefanstalt darüber klar, dass die viel gerühmte private Initiative auf dem Wohnungsmarkt völlig versagt und auch in Zukunft versagen wird.

Im grossen und ganzen ist der Bericht eine Absage an den neuen Kurs in der Wohnungspolitik. Von diesem Kurs hat man den Massen einmal eine Belebung des Baumarktes und eine Förderung des Wohnungsbaus versprochen. Bis jetzt haben wir nur gesehen,dass den grossen Hausbesitzern Subventionen zugeflossen sind. Gebaut wird aber nicht. Wo gebaut wird,sind es Kleinwohnungen,aus der Sorge heraus, dass die Ersparnisse irgendwie verloren gehen können. Der Kleinwohnungsbau belebt aber nur den Baumarkt in sehr geringem Masse. So sind im Jahre 1932 nach Angaben der Preussischen Landespfandbriefanstalt nur 110 ooo bis 120 ooo Wohnungen gebaut worden gegenüber 230 ooo Wohnungen im Vorjahr. In diesen 110 bis 120 ooo Wohnungen stecken aber noch viele Umbauten (Teilung von Grosswohnungen). Sollte der Kleinwohnungsbau Fortschritte machen,so ist er hinsichtlich der nachstelligen Finanzierung auf öffentliche Hilfe angewiesen. Diese öffentliche Hilfe ist aber eine völlig ungeklärte Sache und es scheint auch so,dass man weder Lust noch Neigung hat, diese Angelegenheit zu klären.

SPD. Die Berliner Wertpapierbörse verlief am Dienstag geschäftslos und weit schwächer als an den Vortagen. Die Situation, die allerdings stark von der schwächeren New Yorker Börse beeinflusst wurde, lässt sich wohl am besten dadurch kennzeichnen, dass die Berliner Börse im letzten halben Jahr kaum so einen geschäftslosen Tag gehabt hat wie am Dienstag.

Ueber das Ergebnis der Hitlerhausse, die am vorigen Sonnabend,den 18. Februar, zum Stillstand kam, gibt das Reichsstatistische Amt folgende Uebersicht:

	Woche v.13.-18.II.	Woche v.6.-11.II.	Monatsdurchschnitt Januar
	(Stand von 1924 bis 1926 = 100 gesetzt)		
Aktienkurse	64,79	64,43	64,57
festverzinsl.Wertpapiere	80,51	78,90	81,38

Die festverzinslichen Wertpapiere haben auch in der letzten Haussewoche den Durchschnitt des Monats Januar nicht erreicht. Vor allem liegen die Pfand-

briefe der Hypothekenaktienbanken mit 84,89 unter dem Januarniveau (85,89). Die pfandbriefe der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten haben mit 79,50 den Januardurchschnitt (78,99) übertroffen.

Bei den Industrieaktien sieht es etwas anders aus. Hier sind es besonders die Aktien des Bergbaus und der Schwerindustrie,die von der Hausse begünstigt wurden. Der Aktienindex für die Schwerindustrie und für den Bergbau stellt sich für die letzte Haussewoche auf 68,94 gegenüber 67,68 im Durchschnitt des Monats Januar.

SPD. Infolge der durch das Kabinett Hitler vorgenommenen Zollerhöhung für Schmalz, Vieh und Fleisch gab es am Berliner Viehmarkt während der verflossenen Woche eine regelrechte Preishausse. Die Preise zogen,besonders für Schweine und Rinder,im Laufe der Woche um über 5 Mark an. An den westdeutschen Viehmärkten sind die Preissteigerungen noch erheblicher gewesen.Obwohl die deutsche Fleischversorgung mit den neuen Zöllen nichts zu tun hat,da Deutschland sich selbst mit Fleisch versorgt, wurde die Preisbewegung verschiedentlich auf die neuen Zölle zurückgeführt. Der Markt am Dienstag zeigte,dass das grundverkehrt ist. Die gegenwärtige Regierung will allerdings mit Hilfe höherer Rinder- und Schmalzzölle die deutschen Viehpreise aufbessern. Das wird auch von den Versammlungsrednern der Deutschnationalen und Nazis für die gegenwärtige Regierung in den Versammlungen auf dem Lande - in den Städten allerdings nicht - in Anspruch genommen. Die Preisentwicklung zeigt, dass diese Besserung des deutschen Viehmarkts eine Illusion ist.

Wenn die Viehmärkte in der verflossenen Woche höhere Preise zeigten,so beruhte das auf psychologischen Voraussetzungen. Vor allem waren es die Wurstfabriken,die hemmungslos höhere Preise zahlten, ohne zu bedenken,dass die höheren Viehpreise höhere Wurstpreise bedingen und dass genügend zahlungsfähige Käufer vorhanden sein müssen, um die verteuerte Ware abzunehmen. Die Wurstfabriken sind im Laufe von wenigen Tagen dahinter gekommen,dass diese Voraussetzungen nicht vorhanden sind. Darauf beruht wohl in erster Linie der Stillstand der Preissteigerungen auf dem Berliner Viehmarkt am Dienstag. Im übrigen hat sich gezeigt,dass schon der wenig gesteigerte Preis ein grösseres Angebot hervorrief, das den ganzen Markt über den Haufen werfen muss. So waren am Dienstag in Berlin 13 ooo Schweine aufgetrieben gegenüber nicht ganz 7 ooo Tieren am Vormarkt.

SPD. Die deutsche Juteindustrie, die im Verband Deutscher Juteindustrieller G.m.b.H. Landsberg-Berlin zusammengefasst ist,gibt einen äusserst ungünstigen Bericht über das verflossene Jahr,wobei besonders die Mitteilungen über die Exportlage von Interesse sind. Im Jahre 1932 hat die deutsche Juteindustrie nur rund 85 500 Doppelzentner exportieren können gegenüber 129 400 dz im Vorjahr. Die Abwehr des Auslandes gegen die Einfuhr deutscher Artikel sei im Wachsen begriffen. Andererseits sinkt der Verbrauch im Inland schnell ab. Im Jahre 1913 verbrauchte Deutschland noch 1,542 Millionen Doppelzentner Rohjute.Die Mengen gingen im Jahre 1932 auf 752 ooo Dz zurück. Der Rohjuteverbrauch ist also auf die Hälfte der Vorkriegszeit gefallen.Die Industrie beschäftigte in der Vorkriegszeit 40 ooo Arbeiter,jetzt noch rund 14 ooo. Der Bericht spricht davon,dass über die im Jahre 1931 durchgeführten Betriebseinschränkungen hinaus noch mehrere Fabriken stillgelegt werden mussten.

Spekulation in Exportscheinen.

(Berliner Getreidebörse vom 21.Februar.)

SPD. Am Promptmarkt büsste Roggen am Dienstag abermals 1 Mark ein, während sich Weizen um 1 Mark erholen konnte. Auch auf dem Lieferungsmarkt lagen die Weizennotierungen bis um 1¾ Mark fester, während die Roggennotierungen nur um etwa 25 bis 50 Pfennige anzogen. Die Sonderbewegung beim Weizen hat mit dem Konsum und mit Käufen nichts zu tun. Es handelt sich um eine rein spekulative Angelegenheit. Das Reichslandwirtschaftsministerium gibt seit Ende Januar keine neuen Weizenexportscheine mehr aus. Nun hat man sich eine Verknappung der Weizenexportscheine ausgerechnet. Dieser spekulative Kalkül führte zu einer Steigerung der Weizenexportscheine bis um 5 Mark. Davon profitierten auch die Weizennotierungen.

	20.Febr. (ab märkischer	21.Febr. Station in Mark)
Weizen	195 - 197	196 - 198
Roggen	154 - 156	153 - 155
Braugerste	168 - 177	168 - 177
Futter= und Industriegerste	160 - 167	160 - 167
Hafer	121 - 124	121 - 124
Weizenmehl	23,25 - 26,60	23,25 - 26,60
Roggenmehl	20,40 - 22,40	20,40 - 22,40
Weizenkleie	8,45 - 8,65	8,45 - 8,65
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 210½ - 211 (Vortag 209), Mai 212½ - 212¾ (210¾), Roggen März 168½ - 168 (168), Mai 170½ - 170 (170), Hafer März 130 (130½), Mai 133 - 133½ (133).

Berliner Viehmarkt.

(21.Februar)

SPD. Am Dienstag trat auf dem Berliner Viehmarkt der vorausgesagte Umschwung ein. An den beiden letzten Märkten war der Auftrieb durchweg knapp gehalten worden. Das hatte zu erheblichen Preissteigerungen geführt. Am Dienstag waren die Märkte durchweg genügend beschickt. Bei mehr oder weniger glattem Geschäft konnten im besten Falle die letzten Preise gehalten werden. Auf dem Schweinemarkt standen gegen 13 000 Tiere zum Verkauf gegenüber nicht ganz 7000 Tieren am letzten Markttag.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 42 - 43 (-), b) 240-300 Pfd. 41 - 42 (42-43), c) 200-240 Pfd. 40 - 41 (41-42), d) 160 - 200 Pfd. 36 - 39 (39-40), e) 120 - 160 Pfd. 34 - 36 (35-38), Sauen 38 - 39 (38-40). Kühe: a) 23 - 26 (25-27), b) 21-23 (22-24), c) 17-20 (18-21), d) 12-16 (12-16). Kälber: b) 39-45 (38-44), c) 28-38 (28-38), d) 18-26 (18-25). Schafe: a) 36-37 (36), b) 26-27 (25-27), c) 32-33 (32-33), d) 24-30 (22-30).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, d. 21. Februar)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	.....	RM	0,50 - 0,65
" " Weizenstroh "	.....	RM	0,40 - 0,50
" " Haferstroh "	.....	RM	0,40 - 0,50
" " Gerstenstroh "	.....	RM	0,40 - 0,50
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	.....	RM	0,70 - 0,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh	.....	RM	0,50 - 0,70
" " Weizenstroh	.....	RM	0,40 - 0,50
Häcksel Tendenz: ruhig	.....	RM	1,25 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	.....	RM	1,10 - 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken	.....	RM	1,80 - 2,10
Luzerne, lose	.....	RM	2,25 - 2,55
Thymothee, lose	.....	RM	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	.....	RM	2,20 - 2,50
Drahtgepresstes Heu	.....	RM	0,40 über Notiz

Tendenz: ruhig.

SPD. Die Ifago (Industriefinanzierungs A.G. Ost), die sich mit der Verwertung solcher Wechsel beschäftigt, mit denen Sowjetrussland seine Aufträge an die deutsche Industrie bezahlt, kann einen Reingewinn von 128 ooo Mark für das letzte Jahr nachweisen. Der Reingewinn für das Jahr 1931 betrug 36 ooo Mark. Die Dividende wird von 8 auf 10 % heraufgesetzt.

SPD. In der Generalversammlung der Frankfurter Metallgesellschaft, des grössten Metallunternehmens Deutschlands, wurde angekündigt, dass für die angeschlossenen Verarbeitungsbetriebe (Vereinigte Deutsche Metallwerke) eine Sanierung erforderlich geworden sei. Ueber die Geschäftslage wurde nicht besonders optimistisch berichtet. Die im vorigen Sommer begonnene Besserung, die jetzt schon so gut wie ganz zum Stillstand gekommen ist, bezog sich nur auf den mengenmässigen Umsatz. Die Preise blieben nach wie vor gedrückt.

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle. RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision). Weisskohl 50 kg 2,50 - 3,50, Wirsingkohl 5 - 9, Rotkohl 2,50 - 5, Rosenkohlen Ia 18 - 20, Mohrrüben gewaschen 3,50 - 4,50, Rübchen 4 - 6, Karotten 10 - 15, Kohlrüben 2 - 3, Rote Rüben 3 - 4, Schwarzwurzeln Ia 20-24, Rettiche je n. Grösse Schock 3,50 - 5, Meerrettich 50 kg 20 - 25, Sellerie je n. Grösse 5 - 10, Porree Schock 1 - 1,50, Petersilie grün je n. Bd.-Gr. 100 Bd. 2,50 - 10, do. mit Wurzel j.n. Qual. 50 kg 4 - 8, Salat Rapunzel 60-80, Edel=Champignons weiss Ia 100 - 110, Zwiebeln sortiert grosse 4,50 - 5,50, do. unsortiert 4,25 - 5.